

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,  
liebe Kolleginnen und Kollegen !

Positiv ist zu sagen, daß in Fürth keine weiteren Privatisierungen erfolgt sind, weder beim Kindergarten Regenbogen noch bei der Fleischbeschau. Das Pfisterschulgebäude ist nach wie vor ein Haus der Bildung. Das Wasser und Abwasser ist nicht privatisiert. Es gibt Stadtratsbeschlüsse keine ppp-Projekte zu genehmigen, sowie das Klinikum nicht zu privatisieren.

Die Hartz IV-Gesetze und damit Entrechtung großer Teile der Bevölkerung gelten zwar immer noch, dennoch ist die Entwicklung des Jobcenters in Fürth auch als positiv zu bewerten; nämlich mit den Betroffenen auf Augenhöhe zu sprechen, das „Fördern“ in den Vordergrund zu stellen und das „Fordern“ in den Hintergrund, genauso wie nicht mehr zu jedem Lohn zu vermitteln. Wobei der Lohn an und für sich mindestens 10.-- € die Stunde betragen müßte, wenn die ArbeitnehmerInnen in der Rente ohne Grundsicherung auskommen wollten.

Wenn es jedoch nötig sein sollte, wir beobachten die Situation und stehen bereit.

Genauso positiv wie die Entwicklung einer „Willkommenskultur“ bei Flüchtlingen, die einstimmig vom Stadtrat und der ganzen Stadtgesellschaft getragen wird. Auch werden Straßen nach Dr. Rudolf Benario und Ernst Goldmann benannt, die ersten Mordopfer der Nazis in einem KZ, wo sie am 12. April 1933 ermordet wurden.

Es gibt einen Mobilitätstaler für Bedürftige und der Einstieg in das Sozialticket steht bevor. Dies ist aber eine Fürther Sache; eine „Fürther Lösung“, auf die allerdings stolz sein können.

Denn die Politik des VGN (Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg), die im Ergebnis so sehr gegen arme Menschen gerichtet ist, als ob sie in ihren Bahnen und Bussen keine armen Menschen haben wollen würde, ist aufs Schärfste zu kritisieren. Genauso wie die regelmäßigen Tarifierhöhungen, die für alle Menschen eine Zumutung ist.

Und genau dort, beim VGN, könnte die Stadt Fürth versuchen sich noch mehr mit ihrem Einfluß einzusetzen.

Es ist uns zu wenig, immer nur auf Nürnberg zu verweisen. Wir sind schließlich eine selbstbewußte eigenständige Stadt ! Das müssen auch die Nürnberger kapieren !

Auch wenn wir die bisherigen Bemühungen von der Stadt Fürth und Infra anerkennen.

Wir wollen in Fürth für die Abendstunden, oder wenn es die Auslastung der Busse sinnvoll macht, sparsamere kleinere Busse, um den ÖPNV attraktiver zu machen, die Taktzeiten zu verbessern. Besser in kleinere Busse investieren, als in „Maxi-trains“, die ohnehin viel stehen und oft wo dranschrammen.

Zu einem großen Problem hat sich leider die Wohnungsfrage entwickelt. Es gibt inzwischen viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum für immer größere Teile der Bevölkerung.

Dieses Problem muß jetzt konkret angegangen werden, weil hier Maßnahmen immer erst nach einiger Zeit greifen.

Wir müssen die Genossenschaften und Stiftungen stärken und an deren sozialen Auftrag erinnern.

Wir müssen aber auch mit den privaten Vermietern, vor allem den großen, reden.

Die Zeit, als nur Eigentumswohnungen gebaut werden konnten, ist vorbei. Für weite Teile der Bevölkerung sind diese zu teuer. Außerdem entsteht dadurch ein Mangel an Mietwohnungen.

Es dürfen auch keine Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen mehr stattfinden.

Nach wie vor wollen wir, daß wenigstens ein Viertel neu zu bauender Mietwohnungen günstige Mietpreise haben müssen, wie es in anderen Städten auch geregelt ist.

Auch für Fürth brauchen wir ein Konzept und mehrere Maßnahmen, wie wir dieses Problem lösen wollen.

Nur auf die gesamtdeutsche Entwicklung zu verweisen, langt nicht, und nutzt uns vor allem hier vor Ort nichts.

Im gleichen Atemzug müssen wir auch die kommende enorme Verteuerung der Energiepreise bedenken.

Nach aller Voraussicht werden diese aufgrund der bekannten Geschenke für die Industrie viele überfordern.

Auch wenn die Stromsperren in den letzten Jahren zurückgegangen sein mögen, sind 965 in 2011 immer

noch zu viele.

Wenn es doch möglich ist durch aktives Handeln und entsprechende Maßnahmen Rechtsextremisten und deren Umfeld davon abzubringen und „in die demokratische Gesellschaft zurückzuholen“, verstehe ich nicht, warum das nicht gemacht wird. In Niedersachsen konnten 100, in NRW sogar 120 ehemalige Rechtsextremisten von der Sinnlosigkeit von Haß und Gewalt überzeugt werden.

Wir sind solidarisch mit den einfachen Menschen in Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich, auf der ganzen Welt. Wir wollen nicht, daß es denen schlecht geht, damit die Aktienkurse steigen und die Investmentbanken bzw. die Eigentümer der Einlagen tolle Gewinne einfahren. Dies ist destruktiv und wird auch ein Echo hier in Deutschland und in Fürth haben. Dies ist einzig eine Frage der Zeit.

Wir wollen Politik gestalten - für alle Menschen !

Ulrich Schönweiß, Stadtrat DIE LINKE